ich-bin-sauarm-Preis: **0,50 €**
mir-geht-es-nicht-schlecht-Preis: **1 €**
meine-Eltern-haben-Mercedes-Aktien-Preis: **100 €**

REVOLUTION

kommunistische Jugendorganisation ✪ Nummer 12

Widerstand welt weit!

www.onesolutionrevolution.de

REVOLUTION ... ist die Zeitung der gleichnamigen kommunistischen Jugendorganisation. REVOLUTION ist eine internationale Organisation, die in 8 Ländern auf 3 Kontinenten präsent ist.

Wir kämpfen gegen Krieg, Sozialabbau, Ausbeutung, Arbeitslosigkeit, Rassismus, Sexismus, Faschismus, Umweltzerstörung – aber vor allem gegen die Ursache dieser Probleme: den globalen Kapitalismus.

Willst du mitkämpfen? Schick uns eine Mail oder schau einfach mal vorbei!

REVOLUTION berlin
jeden Samstag um 14 Uhr, Kiezladen
Dunckerstr. 14, S-Bhf Prenzlauer Allee
info@onesolutionrevolution.de
Postfach 146, 13091 Berlin
☎ 030 / 62 60 77 41

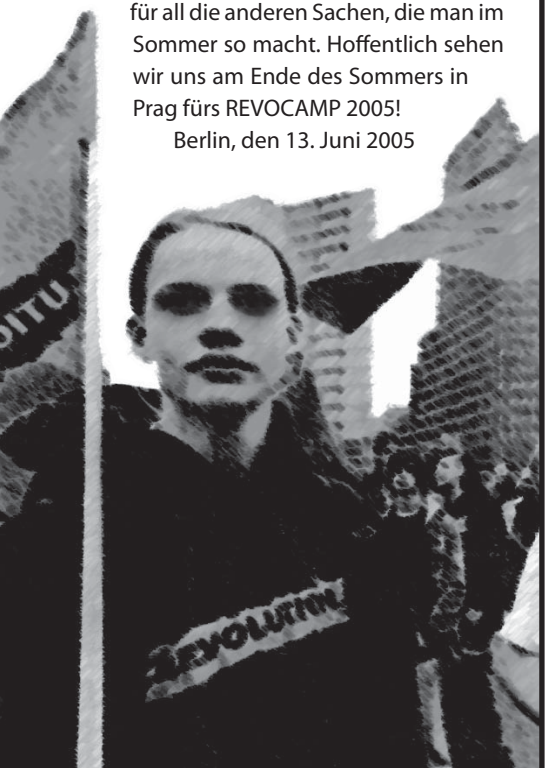
REVOLUTION bundesweit
bernau@onesolutionrevolution.de
muenster@onesolutionrevolution.de
osnabrueck@onesolutionrevolution.de
stuttgart@onesolutionrevolution.de

Dein Geld der REVOLUTION!
Bank: Postbank**; Konto:** 6475 84 100
BLZ: 100 100 10**; Stichwort:** REVO!

V.i.S.d.P. R. Müller, Hafenstr. 17, Hamburg

ein paar Worte vom Layoutierer...
Ach, die schönen Sommermonate! Zeit zum Relaxen und Rumhängen, und auch Zeit für bewaffnete Aufstände in Bolivien, für Massendemos gegen die G8 in Schottland, für das erste Sozialforum in Deutschland, für den Sturz der Schröder-Regierung und für all die anderen Sachen, die man im Sommer so macht. Hoffentlich sehen wir uns am Ende des Sommers in Prag fürs REVOCAMP 2005!

Berlin, den 13. Juni 2005



NON! NEE!

„NEIN!" Das war die Antwort der französischen und holländischen WählerInnen, als sie über die EU-Verfassung befragt wurden.

Die Verfassung sollte dazu dienen, die EU fester zusammen zu schmieden und für den Konkurrenzkampf gegen den Hauptrivalen USA fit zu machen. Dazu müssen Billiglöhne, Privatisierungen und Sozialabbau europaweit forciert werden; dazu müssen militärische Aufrüstung und der Aufbau europäischer Streitkräfte, dazu müssen rassistische Einwanderungsgesetze und der Abbau demokratischer Rechte durchgesetzt werden. Diese Prinzipien wurden in der EU-Verfassung festgeschrieben.

Das NON war kein nationalistisch motiviertes Nein. Es richtete sich nicht gegen „Europa" an sich, sondern gegen die neoliberale Politik, die in der Verfassung kodifiziert und europaweit durchgedrückt wird.

Auch in Frankreich gab es in den letzten Jahren – wie auch hier – Angriffe auf Renten, Sozialleistungen, Bildung, Arbeitszeiten, Löhne usw. Das NON war also auch eine klare Absage an die neoliberale Politik der Regierung Raffarin.

Mit Nein stimmten überwiegend die ArbeiterInnen und die unteren Schichten, während das Ja v.a. von den Unternehmer und den Mittelschichten kam. Nur daraus erklärt sich, warum fast alle Zeitungen und Parlamentsabgeordnete für das „Oui" warben, und trotzdem das „Non" die klare Mehrheit erhielt.

Das war möglich, weil die aktivsten Teile der Arbeiterklasse, der gewerkschaftlichen Basis und der Linken monatelang mobilisiert hatten. Landesweit gab es ca. 900 „Aktionskollektive", welche die Kampagne trugen. Diese Aktivität erzwang auch, dass Gewerkschaften wie die CGT, die eigentlich mit Ja stimmen wollten, auf das NON umschwenkten.

Wir können von der französischen NON-Kampagne einiges lernen: 1. die Linke kann Erfolg haben, wenn sie mit klaren Losungen die Basis mobilisiert und organisiert; 2. es ist wichtig, die reformistischen Gewerkschaften und die Arbeiterparteien (wie die KPF) aufzufordern, an dem Kampf teilzunehmen; 3. ein erfolgreicher Kampf gegen die neoliberalen Angriffe ist nur möglich, wenn die Linke, wenn die Jugend sich mit der Arbeiterbewegung verbindet.

Die bürgerlichen Medien und die Politiker werfen den Nein-Sagern vor, sie seien nationalistisch, europafeindlich und rückwärtsgewandt. Doch die Rechten wie Le Pen, die aus rassistischen und reaktionären Motiven mit Nein stimmten, waren eine kleine Minderheit in der NON-Front. Die Mehrheit war eindeutig internationalistisch, links, und kapitalismuskritisch bis antikapitalistisch eingestellt.

Das NON hat die Politik der Herrschenden in den führenden imperialistischen EU-Länder Frankreich und Deutschland in eine Krise gestürzt. Ihr Versuch, eine breite Legitimation für das neoliberale EU-Projekt zu erreichen, ist gescheitert. Nun suchen sie nach Auswegen – eine Abkehr von ihrem neoliberalen Crashkurs ist für sie allerdings unmöglich. Die immer schärfer werdende Konkurrenz am Weltmarkt bedeutet, dass die Herrschenden der EU ihre Produktion billiger machen müssen. Und das geht nur über die Senkung der Lohnkosten, über massive Verschlechterungen für die ArbeiterInnen und Jugend.

Deshalb dürfen wir uns nicht mit dem Nein zur Verfassung einfach zufrieden geben. Es geht darum, den Kampf gegen das Europa der Bosse auszuweiten. Dazu müssen wie in Frankreich „Aktionskollektive" gebildet werden. Doch diese Gremien sollen nicht nur dem Wahlkampf dienen – sie müssen vor allem Aktionszentren sein. Abstimmungen oder Proteste reichen nicht aus, um die Angriffe zu stoppen.

Das zeigten auch die Massenproteste gegen Hartz und Agenda in Deutschland. Notwendig sind vor allem Massenstreiks, die die Räder des Systems zum Stillstand bringen können. Die Führungen der Gewerkschaften und der reformistischen Parteien wie der PDS werden aber solche Aktionen nicht organisieren. Deshalb brauchen wir eigene Mobilisierungsstrukturen: in den Gewerkschaften, in den Betrieben, an den Schulen und Unis, in den Bezirken. Und weil die Angriffe auf internationaler Ebene geführt werden, muss unsere Gegenwehr auch international sein.

Es geht nicht nur um den Kampf gegen den Neoliberalismus. Es geht auch nicht um ein „soziales Europa". Ein kapitalistisches Europa kann nicht sozial sein! Es geht darum, den Kapitalismus, dessen Krise die Ursache der derzeitigen Angriffe ist, zu stürzen und eine alternative Gesellschaft zu errichten: den Sozialismus!

Neoliberales EU-Imperium: NON! Vereinigte Sozialistische Staaten von Europa: OUI!

von Peter aus Bernau

Neuwahlen: Sozialabbau! oder Sozialabbau!

Das unglaublich schlechte Abschneiden der SPD in ihrer Hochburg Nordrhein-Westfalen hat Schröder dazu gebracht, Neuwahlen auszurufen. Die Wahlen, voraussichtlich im September, bedeuten das Ende von ...

ROT/GRÜN

Als 1998 die Koalition aus SPD und Grünen an die Macht kam, haben viele Menschen große Hoffnungen in die neue Regierung gesteckt.

Doch die rot-grüne Regierung sollte sehr bald enttäuschen. Selbst die Hoffnung, dass sie „weniger übel" wäre als die CDU, erwies sich als trügerisch.

Die Schröder-Regierung leitete mit Agenda 2010 das massivste Sozialabbau-Programm in der Geschichte der BRD ein. Durch die Hartz-IV-„Reformen" werden Arbeitslose nicht nur weit unter die Armutsgrenze gedrängt, sondern auch gezwungen, jeden Scheißjob, selbst 1-Euro-Jobs, anzunehmen. Gleichzeitig wurde der Steuersatz für Konzerne mehrmals gesenkt.

In der Außenpolitik kämpften Schröder/Fischer noch militanter für das deutsche Kapital. 1999 ging zum ersten Mal seit dem Zweiten Weltkrieg ein Angriffskrieg vom deutschen Boden aus. Jetzt sind permanent mehrere tausend deutsche Soldaten im Ausland stationiert.

Eine Umfrage der Zeitschrift Capital ergab, dass 83% der deutschen Top-Manager mit Schröders Politik zufrieden waren. Es stimmt also wörtlich, dass Schröder Politik „fürs K/Capital" macht!

Aber die Gunst der Kapitalisten allein konnte Schröder nicht im Amt halten. Die Unternehmer loben ihn, weil er Merkel vorbereitet. Schröders Funktion bestand eben darin, dass viele ArbeiterInnen, vor allem aber Gewerkschaftsbürokraten mit SPD-Parteibuch, ihn als „ihren Kanzler" sahen, und nicht bzw. nur symbolisch gegen seine Regierung mobilisierten. Das führte dazu, dass jede ernsthafte Kampfaktion gegen die Agenda, z.B. die Montagsdemos, gebremst und gekillt wurde.

In einer Landtagswahl nach der anderen brach die Unterstützung für die SPD zusammen. Hunderttausende langjährige SPD-WählerInnen blieben zu Hause, oder suchten nach irgendeiner Alternative. In NRW sahen sich bemerkenswert viele ArbeiterInnen und Arbeitslose dazu gedrängt, die CDU zu wählen. Aber niemand glaubt, dass ArbeiterInnen, Jugendliche und MigrantInnen es besser haben werden unter ...

SCHWARZ/GELB

CDU/CSU und FDP wollen alles, was die SPD so unpopulär gemacht hat, auf krasserer Art und Weise fortsetzen: härtere Einschnitte in die Bürgerrechte, schlimmere Verfolgung von MigrantInnen, schnellere Einführung von Studiengebühren, komplette Abschaffung des Bafög, usw.

Egal ob es nach den Neuwahlen eine schwarz-gelbe Regierung oder eine Große Koalition geben sollte: wir werden gegen sie ebenso wie gegen das rot-grüne Kabinett und die Kapitalistenklasse, die sie vertreten, kämpfen müssen.

ROSA/ORANGE

Die WASG und die PDS werden bei den Bundestagswahlen wahrscheinlich gemeinsam antreten. Auch wenn dieses neue Linksbündnis noch keinen Namen hat, sieht man schon, dass es sehr viele Stimmen holen könnte.

Viele AktivistInnen, die im letzten Jahr auf die Straße gingen, wollen unbedingt, dass „der Widerstand in den Bundestag" hineingetragen wird. Denn es nervt, wenn eine Bewegung von Hunderttausenden kein Echo bei den „Volksvertretern" hat. Zum Beispiel bei der Ratifizierung der EU-Verfassung, wo dieses neoliberale und militaristische Vertragswerk faktisch einstimmig vom Parlament verabschiedet wurde, ohne eine kritische Stimme.

Aber die Spitzenkandidaten des Bündnisses, Lafontaine und Gysi, saßen schon im Parlament. Beide nahmen an bürgerlichen Regierungen teil, die Sozialabbau durchsetzten (Lafontaine als Ministerpräsident im Saarland und im ersten Kabinett Schröder, Gysi als Wirtschaftssenator in Berlin). Und was haben diese beiden damals gemacht, um eine Bewegung gegen die neoliberalen Angriffe aufzubauen? Was können wir dieses Mal von ihnen erwarten?

Nur weil Gysi und Lafontaine wieder im Bundestag sitzen, sind wir im Kampf gegen die Agenda 2010, gegen Militarisierung, gegen Rassismus noch kein Schritt weiter. Vielmehr muss es unser Ziel sein, dass wir die unterschiedlichen Kämpfe vereinen, dass wir dazu eigene Mobilisierungsstrukturen schaffen. Gegen die Angriffe des Kapitals helfen nicht die kühnsten Parlamentsanträge der Welt – dagegen helfen nur Massenkämpfe!

Dazu brauchen die Arbeiterbewegung, Jugendliche, MigrantInnen eine Partei, um diese Massenkämpfe zu koordinieren, auszuweiten in Richtung einer anderen Gesellschaft zu steuern. Aber so eine Partei ist das Linksbündnis nicht.

Es gab schon wochenlange Geheimgespräche zwischen den Parteispitzen darüber, welche Namen auf den Wahlzettel kommen soll. Doch über die Politik der Partei verliert keine/r ein Wort. Das ist auch kein Wunder, denn PDS- und WASG-Spitzen sind sich mit Lafontaine einig, dass eine neue Partei nicht für den Sturz des Kapitalismus, sondern für seine „Humanisierung" kämpfen soll.

Wir sagen, für eine neue Linkspartei brauchen wir keine Verhandlungen zwischen alten SozialdemokratInnen und ReformsozialistInnen, sondern eine breite Debatte in den Gewerkschaften, in den Betrieben, auf Unis und Schulen – wir brauchen eine Bewegung, die eine neue Linkspartei von unten nach oben aufbaut!

Aus unserer Sicht ist es notwendig, eine offene Konferenz für eine neue Linkspartei zu organisieren. Dort könnten Gysi und Lafontaine erklären, wie sie den Kapitalismus durch ein paar Reförmchen im Bundestag zähmen wollen, und wir würden erklären, dass nur der Sturz des Kapitalismus eine würdige Existenz für alle sichern könnte. ★

von Wladek aus Kreuzberg

EIN PARAGRAPH FUER DIE TONNE

Seit April gibt es eine neue städtische Straßensatzung in Köln. Nach dieser gilt die „Entnahme von Gegenständen aus Abfallbehältern" als Straftat. Für das Durchsuchen von öffentlichen Mülltonnen soll es demnach ein Bußgeld von 5 Euro geben, bei Entfernen eines Gegenstandes aus dem Müll 10 Euro und bis zu 100 Euro beim Fallenlassen des Mülls.

Der Mülltonnenparagraph ist eine Reaktion auf das Sammeln von Pfandflaschen, das in Zeiten zunehmender Verarmung nicht nur von Obdachlosen genutzt wird, um ein bisschen Geld zu verdienen. Zu dem Paragraphen sagte Robert Kilp, der Leiter des Ordnungsamtes: „Das ist auch richtig so, schließlich wird oft Dreck aus dem Eimer geschleudert, wenn er nach Pfandflaschen durchwühlt wird." Mit dieser Aussage versucht er, Obdachlose als „randalierende Sammler" zu kriminalisieren.

Dieser Paragraph ist ein Angriff, der sich direkt gegen die ärmsten und unterdrücktesten Menschen in der Gesellschaft richtet. Sie sind nicht nur den scharfen Blicken spießiger Bürger ausgesetzt, wenn sie in Mülltonnen wühlen. Sie sind auf offener Straße und als so genannte „Asoziale" den Übergriffen durch Nazis und der schikanierenden Behandlung, z. B. Platzverweise, durch die Bullen ausgeliefert.

Es ist der Gipfel des Zynismus: der Sozialabbau (HartzIV, Gesundheits„reform", usw) treibt viele Menschen unter die Armutsgrenze; gleichzeitig aber wird den Ärmsten auch noch die letzte Möglichkeit genommen, sich zumindest ein kleines „Dosengeld" zur Existenzsicherung zu verdienen. Es liegt allerdings in der kapitalistischen Logik, dass das Ansehen und die Sauberkeit der Innenstadt und die Verdrängung „müllkramender Penner" wichtiger ist als ein Menschenleben. Obdachlosen sind unerwünscht, denn nur wer Profite für andere schafft, gilt als „anständiger Bürger".

Auch wenn dieser Paragraph vielleicht abgeschafft wird, ist es notwendig, dass die Arbeits- bzw. Obdachlosen und die ArbeiterInnen bei solchen Angriffen auf die untersten sozialen Schichten zusammenhalten. Sie müssen der in der Bevölkerung verbreiteten Lüge entgegentreten, dass die „Sozialschmarotzern", „nicht arbeiten wollen", „faul sind" usw. Diese Diffamierung dient nur der Spaltung der Arbeiterklasse, und damit den Interessen der Kapitalisten.

Unter den kapitalistischen Verhältnissen ist es unmöglich, dass alle in den Produktionsprozess einbezogen werden. Das Gegenteil ist der Fall: manche müssen sich abrackern, während andere gar keine Arbeit haben.

Nur wenn wir das kapitalistische System in die Tonne werfen, wird keiner mehr durch den Müll wühlen müssen. ★

von Till aus Lichtenberg

Nach der Räumung ist vor der Besetzung!

Die Yorck59 wurde geräumt – aber der Kampf geht weiter!

Die Yorck59 war ein selbstverwaltetes Hausprojekt in Kreuzberg. Neben Wohnraum für 60 Menschen zwischen 0-43, gab es dort auch Raum für politische und kulturelle Veranstaltungen verschiedener Gruppen, wie z.B. die AntiRassitischeInitiative Berlin (ARI), Anti-Hartz-Bündnis, internationalistische Gruppen, Sport- und Theatergruppen.

Seit Januar 2004 gibt es einen neuen Hauseigentümer. Nachdem Walter das Haus für 1,5mil Euro erwarb, bot er den BewohnerInnen eine Kaufsumme von 2,5mil Euro oder eine Mieterhöhung von 55% an. Dies lehnten die BewohnerInnen aber ab, stellten aus Protest die Mietzahlungen ein und kündigten Widerstand an.

Die Räumung

Auf einen offenen Brief, den die BewohnerInnen der Yorck59 am 4. Juni an Berlins BezirksundSenatspolitikerInnen schrieben (veröffentlicht und nachzulesen auf indymedia), gab es keinerlei Reaktionen von seiten der PolitikerInnen. So fanden sich im Laufe des Sonntages vor der angekündigten Räumung 130-140 BewohnerInnen und SymphatisantInnen ein, um das Haus bis zuletzt zu verteidigen. In einer Gruppe von sieben Leuten beteiligten wir uns an der Besetzung der Yorck59. Viele erlebten solch eine Aktion zum ersten Mal und dementsprechend gab es die unterschiedlichsten Gefühle bei den Leuten im Haus. Nach längeren Diskusionen, mit welchen Mitteln das Haus verteidigt werden solle, einigten sich die anwesenden Gruppen auf passiven Widerstand. Das bedeutete es werden keine harten Gegenstände aus den Fenstern geworfen, sondern die Beschränkung auf Wasserbomben, Farbeier und Knaller. Das Werfen von Fäkalien wurde im Konsens abgelehnt!

Der Berliner Kurier vom 7. Juni aber hat nichts anderes zu tun, als wieder einmal Falschmeldungen an die Öffentlichkeit zu tragen und so heißt es darin: „Als die ersten Polizisten um kurz nach 5 Uhr den Hinterhof der Yorckstraße 59 betreten konnten, brach sofort brutaler Krawall über sie herein: Steine, Flaschen und Farbbeutel flogen aus den Fenstern, ein SEK-Beamter wurde von einer „Urin-Bombe" getroffen."

Über zwei Stunden brauchten die Bullen, um die vielen Barikaden zu beseitigen und zu uns zu gelangen. So war es ca. 7 Uhr als drei bis vier SEKler in den Raum stürmten, wo wir uns in Ketten positioniert hatten und sofort auf einzelne Leute ohne Vorwarnung einschlugen. Lautes Geschrei und Gerangel brach aus und die ersten Leute wurden brutal aus dem Haus gezerrt und weiter geschlagen.

Nachdem die schwarzen Prügelknaben endlich verstanden, dass wir friedlichen Widerstand leisten, ließen sie erst einmal ab. Im hinteren Teil des Raumes, wo sich die meißten Leute befanden, wurden trotz einer friedlichen Sitzblockade immer wieder einzelne Leute in Ecken gezerrt und geschlagen. Daran änderte auch nicht das Auftauchen von Herrn Ströbele, der nach eigenen Angaben aus dem Grund kam, darauf aufzupassen, dass die Leute nicht geschlagen werden. Er wurde mit Buh-Rufen begrüßt, weil es längst zu spät war, um den großen Helfer zu mackieren. Fast sieben Stunden dauerte die Einzelnabführung der Leute aus dem Haus.

Der Kampf geht weiter!

Die Räumung der Yorck59 ist ein weiterer Beweis dafür, dass es in diesem System nicht um das Wohl der Menschen geht, sondern eher um den Profit der Hauseigentümer und Kapitalisten. Alternative Wohnprojekte werden nach und nach geräumt und vertrieben, um die Innenstadt„attraktiver" zu gestalten. So lange wie das nicht aufhört, werden wir auch nicht aufhören. Solange wie es Kapitalismus gibt, werden wir nicht aufhören, ihn zu bekämpfen! ★

von Salvador aus Neukölln

mehr Infos: **www.yorck59.net**

¡No Pasaron!

Am 8. Mai schrieen wir „Sie werden nicht vorbeikommen!“, und die Nazis kamen nicht vorbei.

So kann man kurz zusammengefasst den 8. Mai 2005 beschreiben, den 60. Jahrestag der Zerschlagung des Naziregimes.

Unter dem Motto: „60 Jahre Befreiungslüge – Schluss mit dem Schuldkult“ wollte die NPD am 8. Mai durch Berlins Mitte marschieren. Die vorausgegangene Schätzung von 6000 zu erwartenden Nazis erfüllte sich jedoch nicht und so kamen gerade mal 2000-3000 Nazis zum Alexanderplatz, um ihre geschichtsrevisionistische Demonstration durchzuführen.

Aber sie haben die Rechnung mal wieder ohne uns gemacht. So riefen im Vorfeld unzählige antifaschistische, linke und kommunistische Organisationen sowie einige Gewerkschaftsgliederungen dazu auf, an den Gegendemonstrationen teilzunehmen und den Nazis an diesem Tage den Weg zu versperren.

Neben der Demonstration des Spasibo-Bündnisses, eines Bündnisses von Antifa und der radikalen Linken, an dem REVOLUTION auch teilnahm, veranstaltete die Regierung das „Fest der Demokratie“ am Brandenburger Tor und von dort aus riefen einige MinisterInnen dazu auf, sich den Nazis in den Weg zu stellen.

Spasibo heißt Danke!

Die Spasibo-Demo startete um 11.00 Uhr von der Friedrichstraße und bewegte sich auf der nördlichen Seite der Spree Richtung Alexanderplatz. Die Route, welche die NPD in Anspruch nehmen wollte, verlief südlich der Spree und so war es ein leichtes Spiel für die Polizei, weiträumig alle Brücken und Unterführungen unter den S-Bahn-Bögen zu blockieren. Nach unserer Demo mussten wir dementsprechend den ganzen Weg wieder zurück laufen und immer wieder versuchen, die Sperrungen zu durchbrechen, was wir nicht schafften. Erst über die Brücke des Kanzleramts gelang es einigen tausend DemonstrantInnen, über die Spree zu kommen.

So kamen wir dann auf die Straße Unter den Linden bis zum Palast der Republik. Dort, direkt auf der geplanten Naziroute, sammelten sich einige tausend Linke sowie „Normalbürger“, die vom Volksfest der Regierung kamen.

Die Farce

Die Frage, ob dieser Tag ein Erfolg für die antifaschistische Linke war, lässt sich nur zum Teil mit Ja beantworten. Die Nazis konnten zwar nicht marschieren, aber das lag auch daran, dass die Regierung ihr „antifaschistisches“ Image aufpolieren wollte, und deshalb die Blockade nicht den „steinwerfenden Autonomen“ überlassen konnte.

Dementsprechend lies auch die Polizei tausende Menschen ohne größere Probleme auf die Nazi-Route kommen, nachdem die organisierte kämpferische Antifa-Demo zerstreut war.

Köhler, Schröder, Fischer und Co. nutzten den Tag, um ihn zum Feiertag für den „neuen“ deutschen Staat zu machen. Deutschland, so ihr Credo, habe aus der Geschichte gelernt, sei eine Musterdemokratie und übernehme „seine Verantwortung in der Welt“ – bei der Besetzung diverser Länder, seit neuestem auch im Sudan.

Strength in Numbers

Am 8. Mai hat man gesehen, dass die Breite der Mobilisierung entscheidender ist als die Militanz kleiner Antifa-Gruppen. Es ist äußerst wichtig, dass ImmigrantInnen, GewerkschafterInnen, Linke, SchülerInnen und Studierende in den Kampf gegen die Nazis einbezogen werden. Aber keinesfalls wird es gelingen, den Alltagsrassismus dieser „Demokratie“, der ArbeitsmigrantInnen illegalisiert oder an den europäischen Außengrenzen zum Tod verurteilt, durch Volksfeste oder ein Bündnis mit Regierung und Unternehmerverbänden zu bekämpfen.

Dieses Fest diente lediglich dazu, den Kampf gegen Nazis vom Kampf gegen bestehende Klassenverhältnisse abzukoppeln. Aber der Kampf gegen Nazis bedeutet gleichzeitig immer auch Klassenkampf, er bedeutet immer auch eine von Staat und Kapital unabhängige Mobilisierung – oder er ist eine Farce.

Dass der Staat und der Unternehmerverband keine Partner sein können beim Kampf gegen die Nazis, zeigte sich vor und nach dem 8. Mai. ★

von Salvador aus Neukölln

WE WILL ROCK YOU!

Zwei Wochen nach dem achten Mai gab es eine Demo gegen Naziäden in Prenzlauer Berg und Weißensee. Der erste Stop war am „Nordic Thunder“, wo uns auch schon die Bullen erwarteten und den Laden vor uns beschützten. Also gab es ersteinmal eine Zwischenkundgebung und ordentlich Krach.

Dann ging es weiter bis zum „Harakiri“. Auf dem Weg dorthin kamen wir an einer Kneipe vorbei, wo sich ein paar Nazis gesammelt hatten. Da mußte natürlich angehalten werden. Die Bullen kamen auch ziemlich schnell wieder dazwischen und nach dem noch BewohnerInnen des Hauses aus den Balkonen Solidarität mit uns kund taten, setzte sich die Demo wieder in Bewegung.

Beim „Harakiri“ angekommen gab es die Abschlußkundgebung und während dessen wurde ein junger Antifaschist von den Bullen rausgezogen. Als darauf aufmerksam gemacht wurde, stürmten die DemonstrantInnen sofort in Richtung der noch nicht behemlten Bullen und es kam zu argen Auseinandersetzungen. Als dann die Demo offiziell beendet wurde ging der Straßenkampf trotzdem weiter und es wurden Platzverweise ausgesprochen.

Wieder einmal ein Beweis dafür, dass der deutsche Staat kein Stück antifaschistische Politik macht, sondern Gelder für den Schutz der vermeintlichen Meinungsfreiheit ausgibt. ★

von Dao aus Neukölln

Infos zur Kampagne unter:
www.we-will-rock-you.tk

Afghanistan unter Besatzung

Deutschland stellt bei der „Internationalen Schutztruppe“ (ISAF) in Afghanistan das größte Truppenkontingent: Die Bundeswehr ist dort momentan mit knapp 2.000 Soldaten präsent. Auch wenn sie angeblich nur zu „humanitären Zwecken“ dort sind, werden jetzt KSK-Einheiten, die Eliteeinheit der Bundeswehr, ebenfalls nach Afghanistan geschickt. Diese Truppe hat freie Hand bei der Auswahl der Kriegsziele und kann unabhängig vom Bundestagsverteidigungsausschuss agieren.

Die Karsai-Regierung

Hamid Karsai, ein ehemaliger Berater des amerikanischen Ölkonzerns Unocal, wurde schon zweimal zum Präsident Afghanistans ernannt. Am 4. Dezember 2001 wurde er auf der Afghanistan-Konferenz auf dem Petersberg bei Bonn – trotz seiner ehemaligen Sympathien für die erzreaktionäre Taliban – zum Präsidenten der von den USA eingesetzte Übergangsregierung ernannt. Mit einer Mehrheit von 55 Prozent der Stimmen wurde er am 9. Oktober 2004, knapp drei Jahre später, nachträglich zum Präsidenten legitimiert. Eine Opposition wurde damals wie heute durch Bestechungen und Bedrohungen verhindert: alle kommunistischen Gruppierungen wurden vor einem Jahr in Afghanistan verboten. Was will man anderes von einer „Demokratie“ erwarten, die aus Flächenbombardments geboren wurde?

Während seiner gesamten Amtszeit blieb Karsai nicht mehr als eine Marionette des Imperialismus. In allen Fragen, ob groß oder klein, hat die US-amerikanische Botschaft das Sagen, wobei Karsai und seine Minister überhaupt nicht hinzugezogen werden.

Dies verursachte in der Bevölkerung Unmut. Außerhalb von Kabul kann sich Karsai nicht sehen lassen und selbst in Kabul muss er unter strengster Bewachung leben. Deshalb ist er weniger als Präsident Afghanistans und mehr als „Bürgermeister der Kabuler Innenstadt“ bekannt. Selbst ein Gerücht konnte die sozialen Spannungen aufflammen lassen: Als die Zeitschrift „Newsweek“ Anfang Mai einen Bericht über Koranschändungen im US-Gefangenenlager Guantanamo herausgab, kam es zu Massenunruhen, die viele Tote und Verletzte forderten. Im Süden des Landes befindet sich die alte Taliban wieder im Aufwind. Ständig kommt es zu Anschlägen.

Da die Karsai-Regierung keine eigene Machtbasis hat, muss ihm der Westen aus der Krise raushelfen. Die Ausweitung der ISAF-Truppenkontingente stellt somit eine Rettungsaktion für ein zerfallendes Regime dar. Verteidigungsminister Struck lobte immer den „zivilen“ Charakter des Auslandseinsatzes, jedoch wird die Ausweitung bedeuten, dass die deutschen Truppen an offenen Kriegs- und Kampfhandlungen teilnehmen.

Ab ins Kriegsgebiet

Der heuchlerische Charakter des deutschen Imperialismus unter dem Deckmantel der Humanität, lässt sich an den geplanten Massenabschiebungen von AfghanInnen erkennen: Gleichzeitig mit der Ausweitung des Bundeswehreinsatzes stellt man fest, dass das Land jetzt für afghanische Flüchtlinge total sicher sei. Gleichzeitig warnt das Auswärtige Amt deutsche BürgerInnen (auch deutsche BürgerInnen afghanischer Herkunft) davor, das Land zu bereisen.

Die Innenminister des Bundes und der Länder könnten frühestens bei der Innenministerkonferenz am 24.06. in Stuttgart den Abschiebestopp für afghanische Flüchtlinge aufheben. In Hamburg werden schon jetzt die ersten AfghanInnen abgeschoben. 15.000 in Hamburg lebende AfghanInnen müssen schon jetzt um ihre Zukunft bangen.

Durch den Einsatz der Bundeswehr eröffnete sich Deutschland die Möglichkeit wieder zur einer bedeutenden Militärmacht zu werden. Zur Zeit sind 6.460 SoldatInnen unmittelbar in Auslandseinsätzen (mehrheitlich Afghanistan, Kosovo, Bosnien und Herzegowina, Horn von Afrika) involviert. Tausende weitere dienen als indirekte Kriegshelfer. Die militärische Aufrüstung wird mit größter Intensität vorangetrieben. Auch wenn der US-Imperialismus zur Zeit die größte Militärmacht darstellt, darf man den deutschen Imperialismus nicht unterschätzen. Immer noch gilt die alte Losung: „Der Hauptfeind steht im eigenen Land!“

von Okko aus Osnabrück

REVOL

Vor 7 Jahren wurde der Militär

Du lebst in einem Land, das die meisten von uns nur als Werbung im Reisebüro kennen. Kannst du uns zunächst einige einleitende Fakten über Indonesien erzählen?

Indonesien liegt zwischen Australien und dem indischen Subkontinent, zwischen dem Indischen und dem Pazifischen Ozean. Indonesien hat mehr als 13.000 Inseln und eine Gesamtbevölkerung von 240 Mio. Menschen.

Am Ende des 16. Jh. wurde Indonesien vom holländischen Kolonialismus erobert. Während des 2. Weltkrieges kam das Land dann unter die Herrschaft des japanischen Imperialismus. Es kam aber zu massiven nationalen Befreiungskämpfen, so dass sich Indonesien schließlich 1945 von den Kolonialisten befreien konnte.

Wie sah die weitere Entwicklung nach der nationalen Unabhängigkeit aus?

Die ersten Wahlen hat es 1955 gegeben. Sie haben General Sukarno an die Macht gebracht, der sich selbst zum Führer der Revolution und zum Präsidenten auf Lebzeiten ernannte. In dieser Periode initiierte er den „Non-Aligned Block“ – ein Versuch, den Einfluss der westlichen imperialistischen Mächte zu reduzieren. Bekannt wurde er vor allem mit seinem Slogan: „America, go to hell with your aid!“ Aber Sukarno hat nicht den Kapitalismus an sich infrage gestellt und hatte auch keine Orientierung bezüglich der Arbeiterklasse. Sein Hauptprojekt und größtes Anliegen war die Erweckung nationalistischer Bestrebungen.

Wie haben die USA auf diese Politik reagiert?

Obwohl Sukarno kein Antikapitalist war, hat seine Forderung nach mehr Unabhängigkeit für die sog. Dritte Welt ernsthafte Beunruhigung bei den Imperialisten hervorgerufen, so dass die herrschende Klasse in den USA fest dazu entschlossen war, das Sukarno-Regime zu stürzen. Noch viel mehr störte sie aber der aufkommende Klassenkampf und der Einfluss kommunistischer Ideen, woraufhin die CIA 1965 einen blutigen Staatsstreich, geführt von General Suharto, anstifteten. Der Vorwand dafür war der Mord an sieben führenden Generälen. Als „Gegenschlag“ ermordeten die Putschisten eine Million Kommunisten. Von da an folgten mehr als drei Jahrzehnte der blutigen Diktatur. In der Suharto Ära wurde Indonesien für US-Konzerne frei verfügbar, welche unter den für sie günstigsten Bedingungen die billige Arbeitskraft ausbeuten konnten.

Kam es zu Protesten und Widerstand aus der

TEN IN INDONESIEN

diktator Sukarto durch Proteste gestürzt. Interview mit einem Aktivisten von REVO Indonesia

indonesischen Bevölkerung?
Es kam zu einer Revolution 1998. Nach der Phase der sog. „Asien Krise" 1997 traf das Suharto Regime eine Vereinbarung mit dem Internationalen (IWF), die zu einer Inflation führte und die Schließung vieler Fabriken zur Folge hatte. Aber dies konnte die Situation nicht stabilisieren, eher das Gegenteil. Die Wut der Menschen machte sich in den Massenprotesten auf der Strasse bemerkbar und bald war die Wut nicht mehr nur gegen die ökonomischen Maßnahmen gerichtet, sondern auch gegen das Suharto-Regime selbst.

Die Studentenbewegung spielte bereits seit Mitte der 90er Jahre eine wichtige Rolle. Aber der entscheidende Wendepunkt kam, als sich Millionen ArbeiterInnen, BauerInnen, Slum-BewohnerInnen den Protesten anschlossen: Im Mai 1998 besetzten die Massen das Parlament und schließlich trat Suharto zurück.

Konnte die Studenten- und Massenbewegung nach dem Aufstand von 1998 konkrete politische und soziale Veränderungen durchsetzen?
Nach dem Sturz des Suharto-Regimes gewann die Bevölkerung viele demokratische Rechte: das Recht auf freie Versammlung, die Presse- und Medienfreiheit, das Recht politische Parteien und Gewerkschaften zu gründen, einschließlich des Rechts auf eigenständige 1. Mai-Demos.

Tatsächlich aber war die erste Regierung unter Habibi nur eine Weiterführung des alten Regimes unter einer bürgerlich-demokratischen Maske. Aber weder Habibi noch sein Nachfolger Gus Dur konnte die sozialen Probleme des Landes lösen, und wurde schon 2001 von der Demokratin Megawati abgelöst.

Welche Richtung schlug die Politik unter der neuen Präsidentin Megawati ein?
Auch Megawati war nur eine bürgerliche Politikerin und sie versuchte, Kompromisse einzugehen mit dem Militär und seiner „Golkar Partei". Die Studentenbewegung sah in ihr nur die Weiterführung des alten Regimes, nicht zuletzt weil sie sich weigerte, Suharto ins Gefängnis stecken zu lassen. Nach den letzten Wahlen 2004 wurde Susilo Bambang Yudoyono (SB) Präsident. Er war der frühere Minister für Energie unter Gus Dur und der Ex-Verteidigungsminister unter Megawati. Er spielte eine zentrale Rolle in dem Massaker von 1996, bei dem etwa 100 Studenten-AktivistInnen während der Anti-Suharto-Proteste vom Militär und der Polizei ermordet wurden. Er war es auch, der verantwortlich war für den Ausnahmezustand in Aceh während der Megawati-Ära.

Die höchste Priorität der SB-Regierung liegt in der Privatisierung, es ist eine sehr stark neoliberal ausgeprägte Regierung. Viele der Minister sind Ex-Generäle oder Geschäftsmänner, die nach einem starken Militär und einer starken polizeilichen Macht für die Sicherung günstiger Verhältnisse für Investitionen streben.

Die neoliberale Politik der Regierung unter Susilo Bambang klingt wie eine erneute Annäherung an die USA, kann man das so sehen?
Ja, die jetzige Regierung spricht sich auch für eine stärkere Bindung der indonesischen Regierung an das US-Militär aus.

Du erwähntest die Ermordung von über einer Million Kommunisten unter Suharto, welche Rolle hat die kommunistische Bewegung in Indonesien gespielt?
Zu Beginn des 20. Jahrhunderts kam der Widerstand gegen die kolonialen Mächte größtenteils von nationalistisch gesinnten bürgerlichen Intellektuellen wie Budi Utomo, der 1908 einen nationalistischen Kreis gründete. Diese Gruppe hatte aber keine Orientierung auf die Massen. Die erste Massenbewegung war der Sarekat Islam, dessen Antikolonialismus mit starken religiösen Doktrinen verwoben war.

Der Marxismus wurde von Henrick Sneevielt in Indonsien eingeführt, der von der holländischen Regierung 1913 nach Indonesien verbannt wurde. Ein Jahr später gründete er die „Indies Social-Democratic Association". Diese Organisation bildete einen revolutionären Flügel innerhalb des Sarekat Islam und schließlich kam es zur Aufsplitterung des Sarekat Islam in „Rot" und „Grün".

Die Kommunistische Partei Indonesiens (PKI) entsprang dem Roten Sarekat Islam. 1926 wollte die PKI-Führung einen „eigenen" Aufstand gegen die koloniale Besetzung durchführen. Dieses linksradikale Abenteuer wurde heftig niedergeschlagen führte zu einer ernsthaften Schwächung der PKI für viele Jahre.

Als Massenkraft entstand die Kommunistische Partei erst wieder mit der Massenrebellion 1948. In den ersten Wahlen Indonesiens 1955 wurde die PKI viertstärkste Partei. Zu dieser Zeit gewann sie starken Einfluss unter den Bauern und hatte schätzungsweise 9 Millionen Mitglieder, und war damit die größte kommunistische Partei außerhalb eines „kommunistischen" Landes. Die Partei erlitt ihre bis dahin schlimmste Zerschlagung 1965 als General Suharto an die Macht kam und über eine Million KommunistInnen ermordete.

Wie sieht die heutige Perspektive aus? Welche Alternativen gibt es?
Heute ist die größte Gefahr besteht jetzt in einer Wiederkehr zum alten Regime wenn auch mit einem demokratischerem Gesicht. Diese Gefahrt basiert auf drei Faktoren: die Militär-Partei Golkar spielt noch immer eine wichtige Rolle in der indonesischen Regierung und dem Staatsapparat. Auch in den Unternehmen und in den Medien sind die Suharto-Anhänger stark präsent. Und dann ist noch das Militär, das versucht, religiöse und ethnische Konflikte anzustiften, damit sich die Menschen nach einer starken Führung durch die Generäle sehnen.

Was jetzt wichtig ist für die Studenten- und Pro-Demokratie-Bewegung ist eine Bilanz der letzten 7 Jahre. Sie müssen ihr Augenmerk auf die Arbeiterklasse als die führende Kraft der Revolution in Indonesien legen. Sie, und nicht die Intellektuellen sind die entscheidende Kraft für die Veränderung der Gesellschaft. Wir brauchen dringend neue revolutionäre Ideen und eine revolutionäre Organisation. Dabei spielt auch die internationale Solidarität eine sehr wichtige Rolle.

Interview: Isobel aus Kreuzberg

„SCHULDEN STREICHEN!" – Über die neue Kampagne von REVO UK

DUMP THE DEBT

Die acht mächtigsten Staaten der Welt sind bekannt als die G8. Ihre Staatsoberhäupter treffen sich jedes Jahr, um globale ökonomische und politische Strategien zu diskutieren. Tony Blair, der britische Premier, und einige andere Staatschefs haben viele Versprechen für eine „neue Art des globalen Handels" abgegeben, die Schuldenstreichung und mehr Hilfe beinhalten, um den armen Ländern zu helfen. Wird das irgendetwas bringen?

Mit einem Wort: Nein! Die Vorschläge kratzen nicht einmal an der Oberfläche der Probleme der ärmsten Länder dieser Welt.

„FREIER" HANDEL

Freier Handel bedeutet, dass die großen nordamerikanischen, europäischen und japanischen Konzerne auf ihrer permanenten Suche nach Niedriglöhnen und niedrigen Steuern, ihre Produktionen mühelos verlagern können. Die Länder der „Dritten Welt", für die Jobs und Wirtschaftswachstum aus dem „reichen Norden" sehr wichtig sind, müssen daher die billigsten Arbeitskräfte bereitstellen, um das Rennen zu machen. Das fällt den Regierungschefs und Diktatoren der armen Länder aber leicht – solange nur die Massen unter den neoliberalen Gesetzen und dem daraus folgenden beschissenen Leben zu leiden hat, ist ihnen das egal.

Dieser Handel ist weder frei noch gerecht, er beruht auf der Ausbeutung der Lohnabhängigen in allen Ländern und der Überausbeutung der ArbeiterInnen der „Dritten Welt" durch die Kapitalisten der imperialistischen Metropolen.

ENTWICKLUNGSHILFE?

Jede Entwicklungshilfe wird genau wie die Verschuldung von den imperialistischen Mächten als Druckmittel missbraucht. „Dritte Welt"-Länder werden von der Weltbank dazu gezwungen, ihre Märkte zu öffnen, um Hilfsmittel zu erhalten. Bedingungen für die Hilfe sind die Einführung kapitalistenfreundlicher Gesetze, Privatisierungen nahezu aller öffentlichen Güter, wie Wasser- und Gesundheitsversorgung, aber auch wertvoller Ressourcen wie Gasvorkommen (she. Bolivien). Außerdem ist der Empfang von „Hilfs"mitteln daran gebunden, dass die Länder, die sie erhalten, mit ihnen nur Waren aus den Geberländern kaufen dürfen. Deswegen ist jeder Dollar, der gegeben wird, eigentlich nur 33 Cent wert, weil die Waren aus dem Norden erheblich teurer sind als ihre Pendants aus dem Süden. Die Kredite werden von der Weltbank oder privaten Geldinstituten gezahlt. Es ist klar, dass solche Firmen nur etwas „spenden", wenn dabei Gewinn für sie heraus springt.

WACHSTUM

In den 50 Jahren zwischen 1948 und 1998 wuchsen die Einnahmen der Weltwirtschaft um 250%. Das heißt natürlich nicht, dass es dadurch allen Menschen besser geht. Es füllten sich die Konten der Reichen, jedoch nicht die Mägen der Armen. 1960 besaßen die ärmsten 20% der Weltbevölkerung gerade einmal 2,3% des Weltvermögens; 1991 waren es sogar nur noch 1,4%. Wenn Reichtum von den Reichen zu den Armen „tröpfeln" würde, dann hätte der erstaunliche Reichtum, den die Reichen anhäuften, die Armut längst abgeschafft. Hat er aber nicht – und wird er auch nicht.

Das zeigt, dass die Gier der Bourgeoisie größer ist, dass der Druck der Konkurrenz und der Zwang zum Profitmachen stärker sind als jedes Gefühl von Mitleid, Solidarität oder Scham.

EIN PAAR FAKTEN

Milliarden Menschen leben in Armut, eine Minderheit schwelgt in unglaublichem Luxus.

- ★ Die Aktien der 200 reichsten Kapitalisten sind mehr wert als das Jahreseinkommen der oberen 41 Prozent der Weltbevölkerung;
- ★ Drei Familien – die Gates (Microsoft), die Waltons (Walmart) und die Königliche Familie von Brunei – besitzen zusammen mehr als 135 Milliarden, genau soviel wie die 600 Millionen Menschen, die in den ärmsten Ländern der Welt leben;
- ★ Das Vermögen der 691 Milliardäre beträgt 2,2 Billionen!

Diese Ungleichheit ist nicht nur grotesk; sie nimmt ständig zu. Die Schere zwischen Arm und Reich kann man nicht nur in der „Dritten Welt" spüren. In den letzten zwanzig Jahren hat sich die Schere zwischen den Klassen z.B. auch in Großbritannien (und auch in Deutschland) massiv geöffnet. Die reichsten zehn Prozent der britischen Gesellschaft haben zwischen 1990 und 2001 ihren Anteil am Vermögen Englands von 46 auf 54% vergrößert.

VERWALTER DER ARMUT

In die letzten zehn Jahre haben die G8 eine gemeinsame Agenda erarbeitet, um die „Dritte Welt" für den „freien" Handel zu öffnen, die sozialen Sicherungssysteme zu demontieren und um die Aufrüstung und Umstrukturierung ihres Militärs voran zu treiben, damit sie ihre Politik notfalls mit Gewalt durchsetzen können.

Institutionen wie die Welthandelsorganistion (WTO), der Internationale Währungsfond (IWF) und die Weltbank wurden gegründet oder gestärkt, um diese Pro-Markt-Agenda zu ermöglichen, sie zu verwalten und durchzusetzen. Der Internationale Währungsfond ist zu trauriger Berühmtheit gekommen, weil er zahlreiche „Dritte Welt"-Länder zwang, „strukturelle Anpassungsprogramme" einzuführen (diese werden nun heuchlerisch „Armuts-Reduzierungs-Programme" genannt), die auch die letzten Überreste von sozialen Programmen beseitigten, um Schulden für die reichen Nationen und Banken einzutreiben und um lokale Industrien in die Hände von ausländischen Käufern zu überführen.

Als die G8 1998 England besuchten, verlangte die Kampagne „Jubiläum 2000" die Abschaffung aller Schulden der „Dritten Welt" zur Jahrtausendwende. Sie brachte immerhin 70.000 gegen die G8 in Birmingham auf die Straße. Das geschah als Teil der weltweiten Bewegung gegen die Verschuldung der armen Länder. Als Antwort darauf verstärkten die G8 ihre 1998 ins Leben gerufene „Hoch verschuldete Arme Länder Initiative". Dies war ihr Versuch, eine Schuldensenkung für die armen Länder zu erreichen, hauptsächlich durch Kredite und Umstrukturierungen. Doch im Ergebnis ihrer Anstrengungen sind die Schuldenlasten gestiegen. 2003 schuldeten diese Länder 2,423 Mrd. Dollar; 2005 stieg der Betrag auf 2,566 Mrd. Dollar!

VERSPRECHEN HEUTE

Britanniens Premier Tony Blair und sein Minister Gordon Brown haben kürzlich erneut Vorschläge gemacht, die darauf abzielten, die globale Armut zu bekämpfen. Blair versprach, die Schulden der sechzig ärmsten Länder der Welt an die Weltbank um zehn Prozent zu senken. Selbst das ist nur ein Bruchteil ihrer Gesamtschuldlast, da sie zwei Drittel des Geldes ohnehin privaten Geldinstituten schulden. Blair bildete eine Afrika-Kommission, welche vorschlug, alle Schulden des Kontinents zu streichen und darüber hinaus die Entwicklungshilfe auf 16 Milliarden zu erhöhen. Das, behauptet sie, würde die Armut in Afrika aufheben.

In Wirklichkeit aber werden die imperialistischen Ländern ein Veto dagegen einlegen oder die Beschlüsse verwässern. Das alte Rezept vom freien Handel wird den afrikanischen Staaten keine Souveränität über ihre Wirtschaft geben. Helfen wird es lediglich den milliardenschweren Firmenbossen, nicht den Milliarden, die in Armut leben.

Liebe G8,

hallo erst mal.

Wir hoffen, dass Ihr Euch auf Euren Besuch in Gleneagles im Juli freut. Er weckt Erinnerungen an das letzte Mal, als Ihr in Britannien wart, 1998, als eine Kette mit 70.000 DemonstrantInnen Euer Treffen in Birmingham umschloss, oder? Natürlich lösten diese Proteste eine Art „Trend" aus, so dass ihr dieses Mal lieber ein bisschen abseits tagen werdet, in einem Bunker auf einem Golfplatz in Gleneagles. Aber keine Sorge! Wir werden auch dorthin kommen, um Euch allen einen herzlichen Empfang zu bereiten.

So wie wir es bereits in Genua 2001 machten, als Eure bewaffneten Beschützer sogar töten mussten, um Euch abzuschirmen. Als Antwort demonstrierten 300.000 ArbeiterInnen gegen Euren Gipfel und gegen das, was Ihr vorbereitet hattet, um uns zum Schweigen zu bringen.

Natürlich würde es einen besseren Eindruck machen, wenn Ihr so tut, als ob Ihr zuhören würdet. Auf dem Treffen in Birmingham, 1998, habt Ihr Euch bereit erklärt, einen Teil der Schulden der „Dritte-Welt-Länder" zu streichen – 100 Milliarden $, weniger als 5% der gesamten Schuldenlast von 2 Billionen $. Ein Witz, aber selbst diese Verpflichtung scheint Ihr zufällig vergessen zu haben. Aber da Tony und George ja schon mehr als dreimal so viel für den Irak-Krieg ausgegeben haben, ist das nicht sehr überraschend!

All das zwingt uns zu der Überlegung, dass wir vielleicht ein bisschen deutlicher werden müssen, wenn tausende DemonstrantInnen, die zu Euren Treffen kommen, und Millionen, die gegen den Krieg demonstrieren, nicht genug sind, um Eure Aufmerksamkeit zu erregen...

Die Gipfel-Proteste der anti-kapitalistischen Bewegung waren sehr hilfreich, um eine neue Generation zu radikalisieren. Sie machten die Öffentlichkeit darauf aufmerksam, dass Eure Geheim-Treffen dazu genutzt werden, um die zukünftigen imperialistischen Interventionen in der „Dritten Welt" zu planen, die Vorherrschaft der mächtigsten Nationen zu sichern und den Rest der Welt in die Knie zu zwingen.

Aber genauso wie Eure G8-Treffen Euch, den 8 mächtigsten Ländern der Erde, halfen zusammenzukommen, um die Zukunft unseres Planeten zu planen, brachten sie uns dazu, das Gleiche zu tun. Plötzlich trafen sich etliche neue AktivistInnen und Jugendliche auf der Strasse oder auf den Gegengipfeln. Wir konnten die Erfahrung machen, international zusammen zu arbeiten; und militante Aktionen durch zu führen, um unserer Stimme Gehör zu verschaffen.

Wir wissen, dass wir eine starke Bewegung sind - zehntausende Demonstranten aus der ganzen Welt haben sich monatelang darauf vorbereitet, nach Schottland zu fahren. REVOLUTION ruft die Bewegung dazu auf, diese Gelegenheit zu nutzen und Euch die Zähne zu zeigen. Die Anti-Kriegs-Bewegung hat uns gezeigt, dass sogar Demonstrationen mit Millionen von Leuten nicht genug sind. Wenn die Proteste in Schottland wirklich einschlagend werden sollen, dann müssen sie militant und deutlich sichtbar werden, so dass sie unmöglich zu ignorieren sind.

Am 2. Juli ruft ein Bündnis aus Entwicklungshilfeorganisationen, Kirchen und Wohltätigkeitsverbänden, das sich selbst „Make Poverty History" nennt, zu einer Demonstration auf, um die Staatschefs der G8-Länder zu bitten, unbezahlbare Schulden zu streichen, mehr Hilfe zur Verfügung zu stellen und für fairen Handel einzutreten. Wir werden auch dort sein, aber mit einer anderen Botschaft – wir rufen dazu auf, alle Schulden zu streichen, die Regierungen der G8-Staaten zu stürzen, die Besatzung von Irak und Palästina zu beenden und für den Sieg des internationalen Widerstands gegen Kapitalismus, für eine Revolution!!! Es ist gut, dass so viele Leute nach Edinburgh zu dieser Demonstration kommen wollen. Aber die Demonstration findet nicht nur 5 Tage vor Eurem Treffen statt, sondern auch 130 Kilometer weit entfernt, mit organisierter Rückfahrt, die die Leute gleich nach der Demo wieder nach Hause bringt. Wir sind uns nicht sicher ob diese „Make Poverty History"-Leute Euch so gut kennen wie wir, wenn sie denken, dass das genug sein wird...

Wie Ihr seht ist unsere Meinung, dass man die Armut nicht „zur Geschichte" machen kann, ohne den Kapitalismus selbst „zur Geschichte" zu machen. Das kapitalistische Wirtschaftssystem basiert darauf, dass Milliarden Menschen, in Armut gehalten, den Reichtum für einige wenige produzieren. Von unserer Erfahrung und von den „Lehrstunden der Geschichte" wissen wir Anti-KapitalistInnen, dass man, wenn die Mächtigen der Welt höflich bittet, nicht mehr so unvernünftig zu sein und etwas mehr vom Kuchen abzugeben, vielleicht einige Zugeständnisse bekommt. Aber bis die Macht von Euch acht durch die Macht von uns Milliarden ersetzt ist, werdet Ihr den Drang verspüren, Eure Versprechen zu vergessen, uns zu ignorieren und schließlich auf uns zu schießen. Alles das macht klar: G8, es ist höchste Zeit für Euch zu gehen!

Wir wollen nicht, dass die Leute nach der „Make Poverty History"-Demonstration nach Hause gehen, wir wollen dass sie mit uns in Schottland bleiben und versuchen, Euren Gipfel zu schließen. Wir wollen nicht, dass der alternative G8-Gegengipfel eine Talkshow wird, wir wollen eine permanente Koordination von Aktionen gegen die G8 – wir wissen, dass wir konsequent zusammenarbeiten müssen, wenn wir genauso vorbereitet sein wollen, wie Ihr es seid.

Wir fragen Euch nicht, die „unbezahlbaren" Schulden zu streichen: wir wollen, dass alle Schulden gestrichen werden. Wir wollen nicht Eure Afrika-Kommission – Ihr habt Afrika bereits so viel „geholfen", dass Ihr Reparaturzahlungen zahlen solltet, anstatt lächerliche Mengen an fehlgeleiteter Hilfe zu gewähren. Wir können auf Eure heuchlerische Hilfe verzichten, wie die kurzzeitige Aufhebung der Schuldenlast von Indonesien, als die Tsunami-Katastrophe weltweit für Aufsehen sorgte. Wir wollen keinen „Frieden" unter den Besatzungs-Streitkräften, oder unter Eurer mit Waffen aufgezwungenen „Demokratie", wir wollen Eure Armeen raus aus dem Nahen Osten.

Wir fragen Euch nicht höflich nach Reformen, nach Stückchen vom Kuchen, nach Zugeständnissen, welche so schnell wieder vergessen sind, wie sie gemacht wurden: wir kämpfen für die Revolution!

Wir rufen alle Jugendlichen und Jugendorganisationen in den Gewerkschaften und allen anderen Gruppen sowie jeden einzelnen dazu auf, nicht nur nach Edinburgh zu kommen, um für ein Ende der Armut einzutreten, sondern auch den nächsten Schritt zu gehen – in Schottland zu bleiben und Euren Besuch abzuwarten, um zusammen mit uns zu zeigen, dass auch wir Vorstellungen von der Welt haben – und wir sind genauso entschlossen wie Ihr, sie in die Praxis umzusetzen.

Wir sehn uns im Juli!
MrG, **REVOLUTION**

P.S.: Jugendliche aus aller Welt, kommt und schließt Euch REVOLUTION bei den Protesten von 2. – 6. Juli an. Besucht unsere Webseite, um mehr Informationen zu erhalten, z.B. wie Ihr nach Schottland kommen könnt und wo und wann wir uns treffen um uns vorzubereiten.

Gipfelsturm!

1975 trafen sich die Regierungschefs der sechs mächtigsten kapitalistischen Staaten der Welt in Rambouillet, Frankreich, um über ihre wirtschaftlichen Interesssen zu diskutieren. Vertreten waren Deutschland, Frankreich, die USA, Japan, Italien und Großbritannien. Offenbar war dieses Treffen sehr erfolgreich, denn die sechs beschlossen, es jedes Jahr zu wiederholen.

Ein Jahr später nahmen sie noch Kanada mit in ihren Kreis auf, und so war die „Gruppe der 7" – die G7 – geboren. 2002 wurde sie durch Russland zur G8 ergänzt.

So treffen sich die mächtigsten Staatsmänner der Welt seit drei Jahrzehnten jährlich, um die Ausplünderung der Welt zu organisieren. Über Jahrzehnte wurden diese Treffen von der Öffentlichkeit kaum bemerkt. Doch seit 1998 kam ein neues Phänomen bei den G8-Gipfeln auf: riesige Menschenmengen, welche offenbar sehr aufgebracht sind. Und seitdem wird jedes Treffen der G8 von heftigen Protesten begleitet. Die 8 Jungs ziehen sich vorsichtshalber immer weiter in abgelegene Orte zurück. Ein kurzer Abriss über die letzten Gipfeltreffen:

1998 in Birmingham, England:

70.000 Leute formierten eine Menschenkette um den Gipfel, um ihn symbolisch einzukreisen. Die Proteste der Kampagne „Jubilee 2000" forderten Schuldenerlass für die Länder der „Dritten Welt".

1999 in Köln, Deutschland:

In 43 Ländern der Erde fanden am Tag des G8-Gipfels „Karnevale gegen den Kapitalismus" statt. Die J18-Proteste (am 18. Juni) in London endeten in einem regelrechten Riot.

2000 in Okinawa, Japan:

27.000 Demonstranten umringten in einem wütenden Proteststurm die US Kadena Air Base, wo der Gipfel stattfand.

2001 in Genua, Italien:

Der Gipfel in Genua wurde von den erfolgreichsten und militantesten Protestaktionen begleitet, die unsere Generation in Europa erlebt hat. Die Stadt befand sich im Ausnahmezustand – 300.000 Leute verwandelten Genua in ein einziges Protestmeer. Die italienischen Carabinieri gingen besonders brutal zu Werke. Sie griffen ganze Demonstrationen an, verletzten über 570 Personen und erschossen den jungen Aktivisten Carlo Giuliani.

2002 in Kananaskis, Kanada:

Die Ereignisse von Genua wohlbehalten im Hinterkopf, versammelten sich die G8 dieses Mal ganz bewusst fernab jeglicher Zivilisation. Der Gipfel wurde trotzdem Anlass vieler Protestaktionen rund um die Welt.

2003 in Evian, Frankreich:

Auch in Evian suchten die G8-Männer nach einem möglichst schwer zu erreichenden Tagungsort. Aber bis zu 100.000 DemonstrantInnen organisierten verschiedene Camps in Genf, Lausanne, und anderen nahe liegenden Städten, führten an den drei Tage viele Aktionen durch und konnten den Ablauf des Gipfels erheblich stören.

2004 in Georgia, USA:

Beim Gipfel in den US-amerikanischen Südstaaten gingen die 8 Jungs sogar auf eine Insel, um DemonstrantInnen fernzuhalten. Auch wenn es keine Gegenaktionen vor Ort gab, war der Gipfel von verschiedenen regionalen Aktionen begleitet.

2005 in Gleaneagles, Schottland:

Hunderttausende Menschen werden bei den Protesten gegen die G8-Gipfel in Schottland erwartet. Von Deutschland aus zu den Protesten zu kommen, ist nicht besonders leicht, aber auch nicht in unmöglich. Setz dich mit REVO in Verbindung!

8 Verbrecher – 6.0

Tony Blair (UK)

... spielte in der englischen Sozialdemokratie ähnlich wie Gerhard Schröder in Deutschland die Rolle des „Modernisierers", was nichts anderes bedeutet als dass er die Partei ordentlich nach rechts und offen auf die Seite des Kapitals geruckt hat. Er fiel besonders durch seine reaktionäre Außenpolitik ins Gewicht. Er unterstützte die USA nach dem 11. September vorbehaltlos und stellte britische Soldaten zur Verfügung, um Afghanistan zu besetzen.

Auch beim Irak-Krieg war er von Anfang an dabei und stellte für den Angriffskrieg nach den USA die meisten Soldaten. Er argumentierte wie George Bush mit angeblichen Massenvernichtungswaffen im Irak und lieferte dafür sämtliche lächerliche Beweise, die seine Geheimdienste aus dem Hut zaubern konnten, wie z.B. ein angeblich aktuelles Dossier, von dem sich später herausstellte, das es vor etlichen Jahren von einem kalifornischen Student als Hausarbeit verfasst wurde.

In der Innenpolitik versprach er, das Gesundheitssystem zu verbessern und half kräftig mit, es weiter zu privatisieren. Tony geht gerne auf finanzschwache Leute los: So wollte er die Studiengebühren in England drastisch erhöhen und boxte ein entsprechendes Gesetz durchs britische Unterhaus.

George Bush (USA)

Eigentlich muss man über den lieben George gar nicht viel schreiben. Er hat in seinem Wahlkampf 2004 insgesamt um die 230 Millionen US-Dollar an Spenden von Firmen erhalten, und dankt Ihnen mit seiner Politik. Der Militär-Haushalt der USA, seit jeher maßlos überzogen und der Garant für Amerikas hegemoniale Stellung, wurde unter ihm noch einmal angehoben. Mittlerweile wird am Tag (!) mehr als 1 Milliarde Dollar für das Militär ausgegeben, 2004 waren es insgesamt 420 Milliarden Dollar. Im Vergleich: die USA geben jährlich 350 Millionen Dollar für Entwicklungshilfe aus. Die USA geben also 1200 Mal soviel Geld im Jahr aus, um Menschen und Länder zu bombardieren, als diese Länder wieder aufzubauen.

Man kann eine lange Liste der Schweinereien von Bush aufzählen: massive Steuersenkungen für Konzerne, weitere Privatisierungen des (sowieso kaum vorhandenen) Sozialsystems in den USA, Ausstieg aus dem Kyoto-Protokoll, Missachtung und sogar Drohung gegen den internationalen Gerichtshof, penetrante Überwachung US-amerikanischer BürgerInnen und vor allem von AusländerInnen seitens des Staates, Unterstützung und Schutz anti-kubanischer Terroristen, Millionen Tode im Irak durch Krieg und Embargo...

Ein vollständiger Bericht über die Schandtaten, welche der selbsternannte Kreuzritter für Freiheit und Demokratie begangen hat, würde den Rahmen unserer Zeitung allerdings sprengen.

von Jim aus Stuttgart

Silvio Berlusconi (Italien)

... ist nicht nur Ministerpräsident, sondern auch der reichste Mann Italiens. Er kontrolliert weite Teile der Fernsehlandschaft des Landes. Außerdem gehören ihm noch Zeitschriften, Werbeagenturen, Kaufhäuser, Baugesellschaften, Fußballmannschaften u.v.a. Jetzt, wo er auch die staatlichen Fernsehsender kontrolliert, sind praktisch alle Medien in seinen Händen. Sowohl als Unternehmer als auch als Politiker war er in zahlreiche Korruptions- und Spendenaffären verwickelt.

So ist auch seine Politik mehr als offensichtlich von Eigeninteressen geprägt. Er schaffte die Erbschaftssteuer ab (ist selber Multimilliardär!) und verminderte per Gesetz die Strafbarkeit bei Bilanzfälschungen (er selbst und mehrere seiner Geschäftsfreunde waren gerade wegen Bilanzfälschung angeklagt!). Momentan zeichnet sich Berlusconi auch für den Verlust Tausender Arbeitsplätze verantwortlich, indem er die staatlichen Finanzhilfen für den wirtschaftlich schwachen Süden Italiens kurzerhand strich.

Paul Martin (Kanada)

...ist der Premier-Minister von Kanada. In den 90er Jahren zeichnete sich seine „Liberal Party", die lange einen sozial-liberalen Kurs verfolgt hatte, vor allem durch die Demontage des kanadischen Wohlfahrtsystems aus. Unter dem Premier Jean Chretien wurde die Liberale Partei zur neoliberalen Partei. Einer der wichtigsten Architekten des neoliberalen Kurses war der damalige Finanzminister: Paul Martin.

So wurden „Handelshemmnisse" reihenweise abgebaut und große Konzerne, vor allem die Autoindustrie, begünstigt. Mit kanadischer Mitarbeit entstand 1994 das nordamerikanische Freihandelsabkommen NAFTA zwischen den USA, Kanada und Mexiko. Dieses Abkommen erleichtert es, dass die ArbeiterInnen des Kontinents gegeneinander ausgespielt werden. So kann ein amerikanischer Autohersteller seine Produktion über die mexikanische Grenze verlagern, die alten amerikanischen ArbeiterInnen entlassen und den neuen mexikanischen ArbeiterInnen ein Achtel so viel Geld zahlen – und die fertigen Autos steuerfrei wieder in die USA bringen.

00.000.000 Opfer

Gerhard Schröder (BRD)

... hat wirklich historisches geleistet. Er hat in Deutschland die komplette Demontage des Sozialsystems eingeleitet – und das immerhin als sozialdemokratische Kanzler! In Europa stellt er sich als Verteidiger der Sozialsysteme dar – in Deutschland sorgt er dafür, dass Arbeitslose gezwungen werden, jeden Job anzunehmen, dass somit das Lohnniveau insgesamt sinkt und der/die Arbeiter/in zum Freiwild wird.

Vor dem Irak-Krieg gab er sich als Friedenskanzler. Aber unter seiner Regierung sind so viel deutsche Soldaten im Ausland wie noch nie seit dem Zweiten Weltkrieg. Unter Rot-Grün wurde der erste Angriffskrieg nach 1945 von deutschem Boden aus geführt, 1999 gegen Serbien. Natürlich schafft seine „Friedenspolitik" keinen Frieden, sondern Krieg, genauso wie seine „Arbeitsmarktpolitik" keine Arbeit, sondern Arbeitslosigkeit, Billigjobs und Armut schafft. Beides bringt natürlich eins: fettere Beute fürs Kapital. Na ja, Schröder hat nach etlichen regionalen Wahlniederlagen nun vorgezogene Neuwahlen angekündigt, und dürfte bald aus der Regierung und deshalb aus der G8 rausgehauen werden.

Junichiro Koizumi (Japan)

... ist Ministerpräsident Japans und der Vorsitzende der Liberal Demokratischen Partei. Er ist ein außenpolitischer Hardliner und ein enger Verbündeter der USA. Er versucht die Vormachtstellung Japans in Asien auszubauen, z.B. durch Konfrontation mit China.

Koizumi unterstützte vorbehaltlos den Irakkrieg und bot sogar an, japanische Truppen dort hin zu senden. Da das japanische Kapital natürlich auch möglichst viel vom imperialistischen Kuchen abhaben will, beteiligt es sich jetzt auch finanziell an der Besatzung des Irak. Unter Koizumi wurden die Streitkräfte Japans vergrößtert. Er erließ mehrere „Sicherheitsgesetze", die erstmals seit dem 2. Weltkrieg wieder erlauben, dass japanische Streitkräfte andere Länder angreifen.

Weiterhin machte er durch seine jährlichen Besuche des Yasukuni-Schrein auf sich aufmerksam. In diesem Schrein werden u.a. verurteilte Kriegsverbrecher geehrt. Die Veröffentlichung eines Schulbuches, das die Kriegsverbrechen der japanischen Armee im Zweiten Weltkrieg relativieren, löste eine Welle von Massenprotesten in China aus – aber Koizumi schweigt dazu.

Jaques Chirac (Frankreich)

... ist seit 1995 Präsident von Frankreich. Er machte seit jeher keinen Hehl daraus, dass Frankreich seine territorialen Ansprüche weiterhin beibehält. So hält Frankreich weiterhin seine ehemaligen Kolonien in Afrika fest im Griff. Mittels einer eigenen Währung, dem CFA-Franc, kontrolliert Frankreich ganze Staatshaushalte, und Chirac sorgt kräftig dafür, dass französische Banken und Kreditinstitute ein Vermögen verdienen, indem sie Kredite an die afrikanischen Staaten gewähren. Diese ersticken mittlerweile an der Schuldenlast und müssen unter dem Druck von IWF und Weltbank ihre Staatsausgaben senken und die Wirtschaft liberalisieren.

Daran dürfte Chirac auch ein enormes Interesse haben, denn schließlich sind zwei französische Konzerne, Vivendi und Suez, führende private Wasseranbieter in Afrika. Sie haben z.B. im Senegal die Wasserversorgung übernommen, was zu einer drastischen Erhöhung der Preise und schlechterer Versorgung vor allem für ländliche Gebiete führte. Dass die Menschen im Senegal jetzt kaum für die Wasserversorgung bezahlen können, interessiert Jaques allerdings reichlich wenig.

Kurz nach seinem Amtsantritt 1995 wurden die Atomversuche Frankreichs in Mururoa, einer Insel im Südpazifik, wieder aufgenommen. Von September 95 bis Januar 96 wurden dort sechs Atomwaffenversuche durchgeführt, mit der Folge, dass das Meer um die Insel nun radioaktiv verseucht ist.

Vladimir Putin (Russland)

... war früher KGB-Offizier und auch nach 1990 im russischen Geheimdienst tätig. Vermutlich hat er dort seine skrupellose Macht- und Interessenpolitik gelernt. Er leitete in den 90er Jahren die brutale Wiederbesetzung Tschetscheniens. Auch heute noch lehnt er jeglichen Dialog mit Tschetschenien ab und antwortet auf jeglichen Konflikt mit brutaler Staatsgewalt.

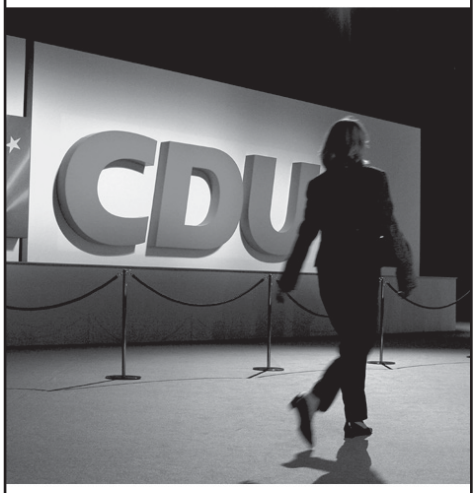
Während er sich öffentlich gegen den Irak-Krieg aussprach (und dafür von Schröder und Chirac sehr gewürdigt wurde) hält er selbst seit etlichen Jahren Tschetschenien rücksichtslos besetzt. Auch in anderen ehemaligen Sowjetrepubliken will er den russischen Einfluss wirtschaftlich und militärisch wieder ausbauen, weil er allgemein bestrebt ist, Russland wieder zur Weltmacht aufzubauen. Natürlich auf dem Rücken der Bevölkerung, die weiterhin unter Arbeitslosigkeit und einem katastrophalen Sozialsystem zu leiden hat. Er zieht es vor, zahlreiche Steuersenkungen für Unternehmer und Reiche zu verabschieden sowie den Staatsektor zu privatisieren als den zahlreichen armen Menschen in Russland eine bessere Perspektive zu verschaffen.

In seiner Amtszeit hat er einen regelrechten Krieg gegen KritikerInnen geführt und dadurch die Pressefreiheit extrem eingeschränkt. Das wird ironischer Weise als „Einführung der Demokratie" bezeichnet.

ANZEIGEN

Antifaschistisches Blatt
Info
Nr.66 | Frühjahr 2005

Rechte in den Parlamenten
Vom rechten Rand der CDU bis zur NPD in Sachsen



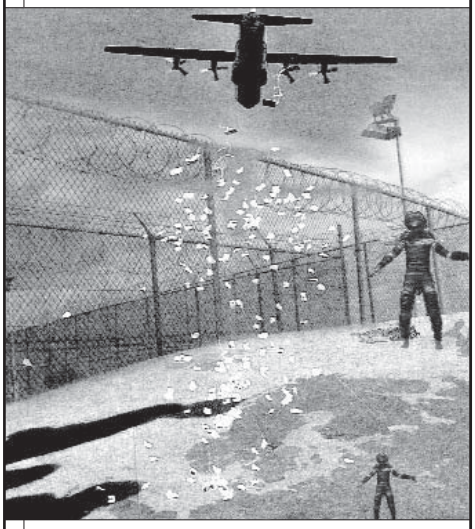
Kostenloses Probeexemplar:

Antifaschistisches Infoblatt
Gneisenaustr. 2a | 10961 Berlin
e-mail: aib@nadir.org
web: www.nadir.org/aib

Fight Europe
zur kritischen Betrachtung der EU

Broschüre

Themen: Repression, Militarismus, Sozialabbau, Verfassung, Migration



AutorInnen: ALB, aktion19, AG Sicherheitspolitik, Tobias Pflüger, Revolution

kostenlose Bestellung:
bestellung-aktion19@web.de

REVO ★ CAMP

www.**revocamp**.eu.tc

Das ganze Jahr lang kämpfen wir gegen Rassisten, Antisemiten und Ordnungsfreaks, stellen uns dem Nazipack entgegen, plagen uns mit LehrerInnen und Chefs und versuchen irgendwie aktiv zu werden und uns zu wehren. Aber jedes Jahr im Sommer scheint es so, als gäbe es da eine Pause, weil alle in den Urlaub fahren.

Aber warum nicht Urlaub und Politik und Kampf und Vernetzung und Reflexion und Spaß und Aktion und Diskussion verbinden?

Interessierst du dich für politische Themen? Teilst du die Ansicht, dass dieses System irgendwie Scheiße ist? Dass der Kapitalismus gestürzt und durch etwas Freundlicheres ersetzt werden muss?

Dann ist das REVOCAMP genau richtig für dich! Wie in den letzten zwei Jahren werden um die Hundert junge Menschen aus Tschechien, der Slowakei, Ungarn, Deutschland, Österreich und auch von England, Schweden und noch weiter weg in der Nähe von Prag zusammenkommen, um gemeinsam zu diskutieren, Ideen zu entwickeln, Aktionen vorzubereiten und natürlich jede Menge Spaß zu haben.

Was ist Kapitalismus, was ist Kommunismus und wie kommen wir von dem einem zum anderen? Ist Revolution überhaupt möglich? Wohin treiben die Massenkämpfe in Lateinamerika? Wohin treibt der Widerstand im Irak? Was haben Schule und Universität mit der Aufrechterhaltung des Systems zu tun? Warum werden Frauen in unserer Gesellschaft benachteiligt? Was für eine Perspektive haben wir, was für eine Perspektive brauchen wir? Diese und viele andere Fragen wollen wir diskutieren, aber da zu einer Diskussion immer mindestens zwei gehören, seid auch ihr und eure Interessen gefragt.

Wir können und wollen keinen All-Inklusive-Urlaub mit Animation bieten und keine Kosumhaltung befriedigen, aber wir haben die Zeit und den Raum für:

- ☆ die Diskussion unserer Vorschläge und Ideen
- ☆ Seminare zu verschiedensten Themen (von A wie Antifa bis Z wie Zapatistas)
- ☆ Workshops über praktische Aktionen wie z.B. Demotaktik, Selbstverteidigung, Graffiti, Website-Gestaltung und mehr
- ☆ Leute aus anderen Ländern kennen lernen, die mit den gleichen, aber auch unterschiedlichen Problemen kämpfen, wie wir
- ☆ Jede Menge Partys, 100e Liter Bier, Nachmittage am See und Gespräche bis spät in die Nacht...

Spass ist, was ihr draus macht!!!

Join the Revolution in Prag!

internationales Sommercamp für revolutionäre Jugendliche

3.-6. August, Prag

organisiert von: REVOLUTION kommunistische Jugendorganisation

www.onesolution**revolution**.de